

# Der Sächsische Erzähler

Tageblatt für Bischofswerda

Neukirch und Umgegend

Einziges Tagesblatt im Amtsgerichtsbezirk Bischofswerda und den angrenzenden Gebieten

Unabhängige Zeitung für alle Stände in Stadt und Land. Nicht verbreitet in allen Volksschichten.

Der Sächsische Erzähler ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft, des Arbeitsgerichts und des Hauptzollamts zu Bautzen, des Amtsgerichts, des Finanzamts, der Schulinspektion und des Stadtrats zu Bischofswerda behördlicherseits bestimmte Blatt

Beilagen: Illustriertes Sonntagsblatt / Heimatkundliche Beilage / Frau und Heim / Landwirtschaftliche Beilage / Jugendpost. Druck und Verlag von Friedrich May, G. m. b. H. in Bischofswerda. — Postcheckkonto Amt Dresden Nr. 1521. Gemeindeverbandsgirokasse Bischofswerda Konto Nr. 64



Erscheinungsweise: Jeden Freitag abends für den folgenden Tag. Bezugspreis für die Zeit eines halben Monats: frei ins Haus halbjährlich M. 1.20, beim Abholen in der Geschäftsstelle wöchentlich 30 Pfg., Einzelnummer 10 Pfg. (Sonntags- und Sonntagsnummer 15 Pfg.)

Jahrespreis für Bischofswerda Nr. 444 und 445. Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störung des Betriebes der Zeitung oder der Besorgungseinrichtungen — hat der Bezahler keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Anzeigenpreis (in Reichsmark): Die 44 mm breite einseitige Millimeterzeile 10 Pfg., örtliche Anzeigen 8 Pfg., im Tagblatt die 90 mm breite Millimeterzeile 30 Pfg. Für das Erscheinen von Anzeigen in bestimmten Nummern und an bestimmten Tagen keine Gewähr. — Erfüllungsort Bischofswerda.

Nr. 280

Sonnabend, den 1. Dezember 1928.

83. Jahrgang

## Tageschau.

Zwischen Regierung und Parteien sollen die am Dienstag eingeleiteten Verhandlungen über die neue Mehrheitsbildung im Reichstag am Freitag fortgesetzt werden. Die angelegte Delegation ist aber mit Rücksicht auf den Eisenkonflikt den Bittern zufolge abgesetzt und auf einen späteren Termin verschoben worden.

Nachdem die Vermittlungsaktion des Regierungspräsidenten von Düsseldorf im Eisenkonflikt gescheitert ist, wird die Reichsregierung die beiden Parteien, Arbeitgeber und Arbeitnehmer, verpflichten, sich einem schiedsrichterlichen Urteil einer mit besonderer Autorität ausgestatteten Persönlichkeit zu unterwerfen.

In Frankfurt a. M. wurde eine öffentliche Versammlung der Deutschen Volkspartei von Nationalsozialisten gestört. Es kam zu schweren Tumulten; Schreihähe, Stuhlbomben wurden geworfen, der Saal mußte geräumt werden.

Wie nunmehr endgültig nach dem Besuche des Generalsekretärs des Völkerverbundes, Sir Eric Drummond, bei Dr. Stresemann feststeht, findet die nächste Tagung des Völkerverbundes Anfang Dezember in Lugano statt.

Im Sächsischen Landtag kam am Donnerstag eine vorkameralistische Anfrage über den Abfluß der sächsischen Geldmittel durch die Reichsbank nach Berlin zur Besprechung, die vom Finanzminister Weber ausführlich beantwortet wurde. Auch die Umschuldungsaktion für die sächsische Landwirtschaft kam zur Behandlung.

Die demokratische Landtagsfraktion hat gegen den Vorschlag der Deutschen Volkspartei, den Vizepräsidenten Dr. Schmidt zum Volksbildungsminister zu ernennen, Einspruch erhoben.

Überall in Frankreich steigen infolge der in den letzten Tagen niedergegangenen Regenmassen die Flüsse, vor allem die Seine, die Marne und die Rhone. Der Wasserstand der Marne und der Rhone sind besonders bedrohlich. Teilweise sind bereits die Verbindungen unterbrochen. Wegen starken Schneefalles ist der Verkehr auf der Autostraße von Genf nach Paris eingestellt worden.

\*) Ausführliches an anderer Stelle.

## Die Faust am Rhein.

Zehn Jahre Besatzung.

Zwanzig Tage nach Abschluß des Waffenstillstandes, dieses Waffenstillstandes, der bereits einen großen Teil dessen preisgab, was in Friedensverhandlungen noch bis zum letzten hätte verteidigt werden müssen, rückten fremde Truppen über die deutsche Westgrenze und besetzten fast das ganze Gebiet des linken Rheinufers und stießen sogar bei den Brückenköpfen noch über den Fluß vor. Damit begann für die urdeutsche Bevölkerung an Deutschlands schönstem Strom eine Zeit unfähiger Leiden. So viel ist über diese Not geschrieben worden. So viel über die schwarze Schmach, so viel über die Willkür der Besatzungsgerichte, so viel über die Brutalität der Wohnungswegnahme, so viel über das Spitzelssystem der Besatzungsbehörden und über die politischen, moralischen und wirtschaftlichen Schäden, die diese Auslieferung eines friedliebenden Volkes an eine rohe und übermächtige Soldateska mit sich brachte; aber keine Feder ist imstande, diese Kulturkatastrophe des zwanzigsten Jahrhunderts so zu zeichnen und zu geisteln, wie sie es verdient. Die Alliierten nahmen die besetzten Gebiete als Pfand. Sie verschworen sich mit heiligen Worten, daß es nur eine vorübergehende Maßnahme sein würde, die getroffen sei, um die Erfüllung der von Deutschland in den Friedensverhandlungen übernommenen Pflichten zu sichern. Sie waren also auch zugleich Treuhänder dieses Pfandes, aber sie haben die darin liegende sittliche Pflicht nicht nur nicht den Buchstaben und den Bestimmungen nach erfüllt, sondern sie haben, bewußt und brutal auf ihre Macht pochend, gegen die Treuhänderpflicht verstoßen. Frankreich vor allem. Frankreich begann schon am ersten Tage damit, Vorbereitungen zu treffen, um sich für alle Zeit in diesem Gebiet festzusetzen und den Rhein zur Grenze Deutschlands zu machen. Frankreich ist es gewesen, das mit der Hilfe der vollkommensten Subjekte der Welt den rheinischen Separatismus zu schaffen versuchte. Es erlitt mit diesem Versuche eine der schwersten moralischen und tatsächlichen Niederlagen, die einer zivilisierten und mit übermächtigen Mitteln versehenen Politik widerfahren können. Wenn heute der tolle Spieß des rheinischen Separatismus aus der Welt verschwunden ist, wenn Frankreichs praktische nie aufgegebenes Ziel heute doch nicht mehr erreichbar erscheint, und wenn die Lage im besetzten Gebiet sich wirklich gebessert hat, so ist das nicht der Erfolg von Locarno oder sonstiger diplomatischer Verhandlungen und Einigungen, sondern einzig und allein der Erfolg der bewundernswürdigen Haltung, die von der rheinischen Bevölkerung in diesen zehn Jahren unterirdisch und ober-

irdischen Ringens und vor allem in jenem entscheidenden Abschnitt der separatistischen Bewegung eingenommen worden ist. „Locarno ist Unsinn, wenn es als Friedenbringend gepriesen wird und man gleichzeitig noch Bajonette braucht, um diesen Frieden zu bewahren.“ So hat der Außenminister Dr. Stresemann in seiner großen Reichstagsrede im März des vorigen Jahres erklärt, und doch besteht dieser Unsinn heute noch, und doch starren immer noch Bajonette am Rhein, und doch preist man mit schönen Worten den Frieden, wo uns immer noch die eisengepanzerte Faust an der Kehle sitzt. Locarno ist Unsinn! Diese Erkenntnis ist im besetzten Gebiet, das seine Bedrücker, ihren Willen und ihre Macht kennt, längst gekommen. Und wenn man tausendmal in Berlin sagen mag, daß durch Locarno England als Garant für die Aufrechterhaltung der deutschen Souveränität über die besetzten Gebiete eingeschaltet worden sei, so steht man am Rheine nur, daß der Lommi neben dem Poilu geht und daß auf rheinischem Boden gemeinsame englisch-französische Kriegsmanöver veranstaltet werden.

Zehn Jahre Besatzung haben gelehrt, den Gegner zu erkennen und ihn richtig einzuschätzen. Zehn Jahre Besatzung sind auch eine Erziehung zum nationalen Bewußtsein und zum nationalen Willen. Und nationales Bewußtsein und nationales Willen am Rhein und an der Saar fordern und verlangen, gestützt auf die zehnjährige Leidenszeit der Rhein- und Saarbevölkerung, von Berlin, daß die Stimme dieser Bevölkerung gehört und ihr Beachtung geschenkt werde. Berlin hat die Politik zu treiben, die hier gefordert und verlangt wird, keine andere. Es ist nicht die Politik der Nachgiebigkeit, denn dieses Volk hat es durch eigene schwerste Opfer erwiesen, daß es sich nicht beugt, daß es nicht winkelt, daß es eher alles in Kauf nimmt, als daß dem Gesamtatlantische Schaden widerfährt. Es verlangt, daß ihm das Recht wird, das im Friedensvertrag — selbst in diesem Friedensvertrag — ihm eingeräumt ist, und das in Locarno erneuert, geschworen und verbrieft wurde. Es verlangt von der politischen Leitung des deutschen Vaterlandes, daß sie zum mindesten die gleiche moralische Kraft und den gleichen zähen Durchhaltewillen in der Aufrechterhaltung des deutschen Rechtsstandpunktes zeige und bewähre, wie sie von der rheinischen Bevölkerung unter dem unerhörtesten Druck und unter den furchtbarsten Opfern bewiesen wurden und die zu diesem Siege führten, daß Rhein und Saar immer, immer noch deutsch sind und immer deutsch bleiben werden. Keine Aufgabe dieses Rechtsstandpunktes, kein Rütteln daran und vor allem kein Vorkauf! Das ist die Parole des besetzten Gebietes an diesem Erinnerungstage, an dem vor zehn Jahren der erste schmuggige Franzose, der erste überhebliche Engländer und der erste von geheimen Kapitalismächten gelenkte Amerikaner den heiligen deutschen Boden im Raume zwischen Rhein und Saar betrat. Kein Vorkauf! Vorkauf zu werden, das wäre eine schwere Schmach für jeden deutschen Mann an Rhein und Saar, der stolz und frei blieb, auch in den schwersten Fesseln. Kein Schatten solcher Schmach darf auf die Bevölkerung der besetzten Gebiete fallen, und jede Verquickung von Rheinandrängung und Reparationsfrage würde, wie sie auch immer verschleiert wäre, in den Augen der Welt solchen Schatten werfen. Wozu oft ist durch Ungeschicklichkeiten unserer Politik schon der Ehre und dem Ehrgefühl dieser Bevölkerung zu nahe getreten worden, allzu leicht und allzu leichtfertig wurde schon bei fernem Stehenden der Eindruck erweckt, als habe man im übrigen Deutschland nicht dieses feinsten Vertrauens zu der Unbeugbarkeit der Männer von Rhein und Saar, auf das sie doch den heiligsten Anspruch haben. Das Volk, das in Taten und in Opfern sich bewährt hat, ist es fast, daß immer nur von der Gefahr im Westen gesprochen wird — dieses Volk richtet seine Augen nach dem deutschen Osten und fordert, daß um Deutschlands willen, aber auch um der Taten willen und um der Opfer willen, die es auf sich nahm, dort alle Kraft einzusetzen sei, auf daß das Vaterland wieder ganz und einig werde.

In diesem zehnten Jahrestag des Besatzungsbeginnes hört Deutschland und hört die ganze Welt die Stimme des Volkes in Fesseln. Es ist eine Stimme des Selbstbewußtseins und des Stolzes, eine Stimme der Treue und der Warnung. In kein Ohr darf diese Stimme vergeblich klingen, denn die Weltgeschichte hat kein Beispiel aufzuweisen, das diesem „Allen Gewalten zum Trost sich erhalten“ gleichzusetzen wäre. Wäckerlich, einem solchen Volke gegenüber mit der Idee von Kontrollinstanzen zu kommen. Klaut ihr, was die Bajonette nicht erzwingen, der Aktuarismus würde es schaffen? Ihr glaubt es ja selbst nicht! Dieser Sinn dieser Absicht ist ja ein ganz anderer. Er ist so hinterhältiger, so perfider Natur, daß der Gedanke dazu eben nur in Frankreich geboren werden konnte. Die Kontrollinstanz soll nicht der Sicherung dienen — die Sicherheit Frankreichs wird

nur bedroht durch die eigene Politik Frankreichs, nicht durch die Papptanks der deutschen Reichsmehr oder die Sportübungen deutscher Jungmannschaften — sie ist nicht einmal so sehr als politisches Instrument gedacht; was man will, ist das, ein Organ der Demütigung zu schaffen, durch das das Rheinvolk, das Saarvölk und das ganze deutsche Volk in seinem Ehrgefühl geknickt werden soll. Und wo dies die Absicht ist, da kann es nur eines geben, das Eine, für das sich das Volk der besetzten Gebiete in diesen zehn Jahren mit allem, was in ihm ist und mit einer Zähigkeit sonstergleichen eingesetzt hat, das Reine!

## Eine englische Stimme gegen die Rüstungspolitik Frankreichs.

London, 30. November. Der Pariser Korrespondent des „Daily Express“ sendet seinem Blatt ein Telegramm, das in den Worten gipfelt: Die Debatte über das französische Kriegsbudget zeigt die Unvermeidlichkeit des Völkerverbundes, enthält die für Großbritannien im Locarnovertrag enthaltene Gefahr und beweist, daß die französische Regierung den Kelloggspakt mit vielen gefährlichen Vorbehalten unterzeichnet hat. Der Korrespondent betont, daß diese außerordentliche Debatte wenig Kommentare in den französischen Blättern gereizt habe, daß jedoch Auszüge aus deutschen Blättern zeigen, daß Deutschland verzweifelt sei, und spricht die Ansicht aus, daß die Zusammenkunft zwischen Dr. Stresemann, Chamberlain und Briand in Lugano am 10. Dezember „stürmisch“ sein werde.

In einem „im Schlepptau Frankreichs“ überschriebenen Leitartikel bemerkt „Daily Express“ zu dem Telegramm ihres Pariser Korrespondenten: Es ist eine unanfechtbare Tatsache, daß Frankreich die Absicht hat, die durch den Krieg verlebene militärische Hegemonie in Europa aufrechtzuerhalten und zu verewigen. Frankreich steht heute auf dem Kontinent mit dem wirksamsten und bestausgerüsteten Heere, das je in der Welt bestanden hat. Großbritannien muß es ablehnen, sich ins Schlepptau einer Macht nehmen zu lassen, deren europäische Politik mit der Aufrechterhaltung einer bewaffneten Vorherrschaft beginnt und endet. Die Weigerung Frankreichs, das besetzte Gebiet zu verlassen, die Festungen, die es gegen Deutschland entwirft, seine offene und systematische Aufhäufung von Rüstungen und seine immer wieder gestellte Forderung, daß die Reparationen nicht in irgendeiner Schätzung seiner militärischen Stärkung eingeschlossen werden, alles dieses sind Standpunkte, die es im Vertrauen auf die Unterstützung Englands eingenommen hat. Die Politik, so schließt das Blatt, die in Paris unter Poincaré durchgeführt wird, ist wenig mehr als die Verpötlung dessen, als was Europa von Locarno erhoffte, und nichts anderes als wie vollkommene Verneinung der Träume, die den Völkerverbund erfüllt haben.

## Eingehen zweier französischer Zeitungen im Elsaß.

Paris, 29. November. Nach einer Meldung aus Kolmar gibt die Zeitung „Elsaß“ bekannt, daß die in französischer Sprache erscheinenden Organe „Le Nouvelliste“ und „Courrier de Strasbourg“ vom 1. Januar ab ihr Erscheinen aus finanziellen Gründen einstellen werden. „Le Nouvelliste“ stand jahrelang unter der Leitung des Abbé Wetterlé.

## Reichsvermittlung an der Ruhr.

Es hat lange genug gedauert, bis unsere hohen Reichsbehörden zu einem Entschluß gekommen sind, der nun nicht mehr zu umgehen ist. Man hat so viel von Staatsautorität in diesen Kampfzügen an der Ruhr gehört und dieser überparteiliche Begriff der Staatsautorität wurde von den Parteien so ausgelegt, wie sie ihn dachten. Dieser nun notwendig gewordene Beschluß geht dahin, daß sich beide Parteien, Arbeitgeber und Arbeitnehmer, von vornherein verpflichten, sich dem schiedsrichterlichen Urteil „einer mit besonderer Autorität“ ausgestatteten Persönlichkeit zu unterwerfen. Eine solche Persönlichkeit ist im heutigen Deutschland schwer zu finden. Und auch die Parteien werden schwer mit sich zu ringen haben, ehe sie sich mit gebundenen Händen der Entscheidung einer solchen Persönlichkeit stellen. Der Name des Gewählten ist im Augenblick noch nicht bekannt. Wer es auch immer sei, entschließen sich Arbeitgeber und Arbeitnehmer dazu, sich seinem Schiedspruch zu unterwerfen, so ist die Autorität vorhanden und dann muß der Schiedspruch anerkannt werden, wie er auch immer ausfällt. Es ist eine ungeheure Verantwortung, die damit in die Hand eines einzelnen Mannes gelegt wird, und dieser Mann muß sich dieser Verantwortung gewachsen zeigen, wenn der Friede, der aus diesem Schiedspruch folgt, dauernd und wirklich beiden Teilen, Unternehmern wie Arbeitgebern, zum gemeinsamen Heile dienen soll. Hoffen wir, daß es gelingt, und sei es auch unter schweren Opfern von der einen oder der anderen Seite, beide Parteien auf einen Namen zu einigen, so daß bald wieder an der Ruhr die Schloße rauen und die Hämmer dröhnen.

Der „Vorwärts“ gibt eine Meldung des sozialdemokratischen Pressedienstes wieder, in der es heißt: Am Freitag